

SOLOTHURNER FREISINN

Wir machen Solothurn stark!

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Standing Ovations für unser Kandidatenduo

Peter Hodel und Marco Lupi sollen die FDP-Regierungsratssitze verteidigen

Die FDP-Delegierten haben entschieden: Finanzdirektor Peter Hodel und Kantonsratspräsident Marco Lupi sind die freisinnigen Regierungsratskandidaten für die Wahlen im kommenden Frühling (**Seite 4**). Ende Monat wird abgestimmt – die FDP fasst viermal die Ja-Parole (**Seite 5**). Im Februar 2025 kommt das Energiegesetz des Kantons Solothurn vors Volk – die FDP thematisiert dieses an ihrem Parteitag vom 30. November 2024 (**Seite 3**).



Auf dem richtigen Weg

Vertrauensbeweis für bürgerlich-liberale Politik

Liebe Freisinnige

Die FDP darf jubeln: Nach dem Erfolg im Kanton Schaffhausen konnte auch die FDP Aargau bei den Grossrats- und Regierungsratswahlen feiern: Mit der glanzvollen Wiederwahl von Regierungsrat Stephan Attiger und einem Sitzgewinn im Grossen Rat durfte die Kantonalpartei von der Aargauer Bevölkerung einen Vertrauensbeweis für ihre bürgerlich-liberale Politik entgegennehmen. Ebenso konnten wir in Basel die Sitze halten. Es ist ein klares Votum für uns Freisinnige, die wir für mehr Freiheit und gegen staatlichen Interventionismus und Bevormundung einstehen. Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg!

Klares Zeichen gegen die illegale Migration

Mit der Verabschiedung des Positionspapiers «Stopp der illegalen Migration» verdeutlicht die FDP ihre langjährigen Forderungen zur Asylpolitik unter der Devise «Hart, aber fair». In ganz Europa sorgt der Missbrauch des Asylrechts für Missstände und Unmut. Bei uns müssen die Kantone und Gemeinden die Folgen der illegalen Migration ausbaden. Soll die Bevölkerung aber die humanitäre Tradition unseres Landes weiterhin mittragen, müssen wir die Missstände offen ansprechen und bekämpfen. Das tun wir unter der Prämisse «Recht durchsetzen. Grenzen sichern. Sozialsysteme schützen».

Faire Regeln für Vermieter und Mieter

Die Linken betreiben ihre ideologiegetriebene Partei- und Machtpolitik auch im Wohnungswesen weiter. In den linksorientierten Städten blockieren sie jeden Fortschritt und verhindern so jegliche Lösungen zur Schaffung von mehr Wohnraum. Es braucht aber auch faire Regeln für Vermieter und Mieter. Die Mietrechtsrevision ermöglicht sinnvolle und pragmatische Massnahmen gegen die ausufernde Regulierung in den Bereichen der Untervermietung und der Einhaltung des Eigenbedarfs. Die neuen Regeln sind unbürokratisch und die Rechte der Mieter werden in keiner Weise geschmälert.

JA zur Beseitigung von Fehlanreizen im Gesundheitswesen

Das Schweizer Gesundheitswesen hat zu viele Fehlanreize, die zur Kostensteigerung beitragen. Reformen sind dringend notwendig. Mit der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) wird einer der teuersten Fehler im System korrigiert. Ambulante und stationäre Leistungen sollen zukünftig nach demselben Kostenteiler finanziert werden. Mit dieser überfälligen Reform ermöglichen wir eine bessere Kostenkontrolle, stellen die Bedürfnisse der Patienten ins Zentrum und erhalten unser hervorragendes Pflegesystem.

JA zu mehr Sicherheit und weniger Engpässen auf unseren Strassen

Mit dem Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen (STEP) werden sechs Engpässe beseitigt. Wenn der Verkehr auf den grossen Verkehrsachsen fliesst, werden Städte und Gemeinden vom schädlichen Ausweichverkehr entlastet und die Sicherheit im Strassenverkehr – auch die Schulwegsicherheit! – erhöht. Wir alle profitieren, denn die Investitionen in die Nationalstrassen sind ein wichtiges Puzzleteil für das gesamte Verkehrsnetz. Und wir brauchen beides: Schiene und Strasse! Die Finanzierung erfolgt weder über die allgemeine Bundeskasse, noch werden die Steuerzahler zusätzlich belastet. Denn die Mittel stammen aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Gespiessen wird dieser Fonds durch die Strassenbenutzerinnen und -benutzer.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Bild zvg



Energiepolitik im Fokus

Parteitag vom 30. November 2024

Parteitag Energie

Samstag, 30. November 2024, Oensingen,
9 bis 12 Uhr

Programm

- Perspektiven und Herausforderungen bei der Energieversorgung (Prof. em. Dr. Lino Guzzella)
- Generation IV Kernkraftwerke: ein Ausblick (Prof. em. Dr. Horst-Michael Prasser)
- Energiekonzept und Energiegesetz des Kantons Solothurn (Brigit Wyss)
- Energiegesetz Kanton Solothurn: Beurteilung der FDP-Fraktion (Martin Rufer)
- Podiumsdiskussion mit Daniel Probst, Markus Spielmann und Sibylle Jeker (SVP)
- Positionierung der FDP zum Energiegesetz
- Diskussion

Der Jahresauftakt 2025 hat es in sich: Am 9. Februar werden die Solothurnerinnen und Solothurner über das totalrevidierte Energiegesetz abstimmen. Die FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn engagiert sich seit jeher stark in der Energiepolitik. Im Hinblick auf die Abstimmung wird sie eigens einen Parteitag einberufen.

«Die Ausrichtung der kantonalen Energiepolitik sowie insbesondere die Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise sind zentral für Wirtschaft und Gesellschaft», sagt Parteipräsident Stefan Nünlist. «Es ist uns daher ein Anliegen, dass wir das Energiegesetz an einem Parteitag mit unserer Basis diskutieren können.»

Das Parlament hat sich am 3. Juli 2024 mit 78 Ja- zu 19 Nein-Stimmen klar für das totalrevidierte Energiegesetz ausgesprochen. Die FDP-Fraktion stellte sich geschlossen hinter die Kompromissvorlage, an der sie massgeblich mitgearbeitet hatte. Die SVP ergriff das Referendum, weshalb nun das Solothurner Stimmvolk am 9. Februar an der Urne über das Energiegesetz befinden wird.

Anreize und Eigenverantwortung

Das bestehende Energiegesetz ist über 30 Jahre alt. Nachdem ein erster Revisionsversuch 2018 an der Urne gescheitert ist, hat der Regierungsrat eine neue Vorlage ausgearbeitet. Er hat dabei

verschiedene Interessengruppen aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft miteinbezogen. Das neue Energiegesetz fokussiert im Gegensatz zur alten Vorlage verstärkt auf Anreize und Eigenverantwortung. Es sieht unter anderem folgende Neuerungen vor:

- Förderungen von Fernwärmeprojekten, Biomasse-Heizkraftwerken und Biogasanlagen
- Photovoltaik-Bonusprogramm bei energetischen Sanierungen
- Anreizsystem Winterstrom
- Steuererleichterungen Photovoltaik und Batteriespeicher
- Unterstützung kommunaler Energieplanungen
- Innovationsförderung
- PV-Pflicht bei Neubauten
- Verbot Neubau und Ersatz von Elektroheizungen
- Grenzwerte bei Heizungsersatz und -neubau
- Grundinstallation für Ladeinfrastruktur bei Neubauten

FDP-Energiepolitiker aus dem Kanton Solothurn werden am Parteitag vom 30. November 2024 das Energiegesetz im Detail vorstellen und die Vorlage aus verschiedenen Perspektiven beleuchten.

Vorstoss zur Netzverstärkung

Die FDP setzt sich seit jeher akribisch mit energiepolitischen Themen auseinander. Zuletzt hat die Kantonsratsfraktion mittels eines Vorstosses auf die Herausforderungen der Transport- und Verteilinfrastruktur und auf die zum Teil überhöhten Netz- und Energiekosten aufmerksam gemacht. Es gibt immer mehr Wärmepumpen oder auch Elektroautos – damit droht die Überlastung des Stromnetzes. «Ist der Regierungsrat gewillt, die Voraussetzungen für Netzverstärkungen zu erleichtern, wenn ja, wie?», fragte daher die FDP-Fraktion. Die Antwort des Regierungsrates ist unbefriedigend.

Lesen Sie mehr dazu im Solothurner Blog auf unserer Website: www.fdp-so.ch.

Bild Melanie Racine



In Kürze

Die 101 FDP-Delegierten fassten folgende Parolen für die nationalen Abstimmungsvorlagen vom 24. November 2024:

- JA zum Ausbau der Nationalstrassen
- JA zu den zwei Mietrechtsvorlagen (Eigenbedarf / Untermiete)
- JA zur einheitlichen Finanzierung der Gesundheitsleistungen

Die nächste Delegiertenversammlung der Kantonalpartei findet am 21. Januar 2024 statt.

Die FDP absolviert in diesem Herbst einen regelrechten Delegiertenversammlungs-marathon: Am 23. Oktober 2024 stand die dritte DV innert drei Monaten auf dem Programm. Von Müdigkeit jedoch keine Spur. Die Freisinnigen politisierten munter weiter – und nahmen das Massnahmenpaket des Regierungsrates genauer unter die Lupe.

In seinem Schlusswort versprach Parteipräsident Stefan Nünlist: «Wir werden im Kantonsrat alles tun, um den Finanzen unseres Kantons Sorge zu tragen und uns konstruktiv einbringen.» Diesem Versprechen ging eine emotionale Debatte zum Massnahmenpaket 2024 des Regierungsrates vor. Lob und Tadel gab es von Christian Thalmann, Vizepräsident der Finanzkommission. Er rechnete dem Regierungsrat an, dass er Mut bewiesen und ein Massnahmenpaket – noch dazu ohne Steuererhöhung – ausgearbeitet habe. Allerdings hätte er sich mehr «echte» Sparbemühungen gewünscht.

Gar nicht zufrieden mit dem Massnahmenpaket zeigte sich Thomas Blum, Geschäftsführer des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden. Zu viele Kosten werden seiner Ansicht nach auf die Gemeinden abgewälzt. Und Sabrina Weisskopf, Vizepräsidentin und Mitglied der Sozial- und Gesundheitskommission des Kantonsrats, ortete

mehr Sparpotenzial bei den jährlichen Staatsbeiträgen in der Höhe von 1,6 Milliarden Franken. «Die Regierung will hier lediglich zwei Millionen einsparen – das erscheint lachhaft», so Weisskopf.

Souveräner Finanzdirektor

Finanzdirektor Peter Hodel parierte die Angriffe souverän und verteidigte das Massnahmenpaket mit differenzierten Detailausführungen. So gehe etwa das mehrfach kritisierte unverminderte Stellenwachstum (über 100 Stellen) zu einem Grossteil auf die Lehrkräfte zurück. Die Diskussionen um das Massnahmenpaket könnten endlos weitergeführt werden. Als Nächstes wird der Kantonsrat die Sparmassnahmen in seiner Kompetenz beraten und darüber befinden – das betrifft allerdings lediglich ein Fünftel der 117 Massnahmen und ein Volumen von knapp zehn Millionen Franken.

Viermal Ja

Im zweiten Teil der Delegiertenversammlung standen die vier eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 24. November 2024 im Fokus. Die Parolenfassung war eine klare Sache: Die Delegierten sprachen sich klar dafür aus, dass die Nationalstrassen punktuell ausgebaut werden sollen und ambulante und stationäre Gesundheitsleistungen künftig einheitlich finanziert werden sollen.

Zu den Mietrechtsvorlagen lieferten sich Markus Spielmann, Fraktionspräsident und Präsident des Hauseigentümergebietes Kanton Solothurn, und Felix Wettstein, Grünen-Nationalrat, ein Duell, das klar zugunsten von Spielmann ausfiel. Die Delegierten fassten zur Eigenbedarf- und Untermiete-Vorlage die Ja-Parole. Die Vorlagen versprechen mehr Rechtssicherheit.

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Peter Hodel und Marco Lupi in den Regierungsrat

Nominationsversammlung vom 25. September 2024

Mit stehenden Ovationen bekundeten die Delegierten, dass sie sich geeint hinter die beiden FDP-Regierungsratskandidaten Peter Hodel und Marco Lupi stellen.

«Ich kann nicht versprechen, dass wir den zweiten Regierungsratssitz in unseren Reihen halten können. Aber ich kann versprechen, dass ich mich bis zum Schluss mit Herzblut und Vollgas dafür einsetzen werde», sagte Marco Lupi, der vom Parteivorstand als zweiter Regierungsratskandidat neben Peter Hodel vorgeschlagen wurde, an der Delegiertenversammlung im Turbensaal in Bellach. «Ich bin parat, ich bin motiviert und ich freue mich.» Mit seinen Worten überzeugte er die 135 Delegierten, die ihm in einer internen Ausmarchung mit Roger Siegenthaler mit 108 zu 20 Stimmen den Vorzug gaben.

Die Ausmarchung erfolgte auf Antrag eines Delegierten, der Roger Siegenthaler an der Delegiertenversammlung als Kandidat vorgeschlagen hatte. Er wollte, dass die Delegierten eine echte Wahl hatten. Urs Lysser, Ortsparteipräsident von Feldbrunnen, bekräftigte dieses Ansin-

nen: «Wir hätten gerne mehrere Kandidierende gehabt. Es ist bedauerlich, dass nicht auch Manuela Misteli heute Abend als mögliche Regierungsratskandidatin zur Verfügung steht. Klar ist aber, dass wir uns nach der Ausmarchung mit geballter Kraft hinter den gewählten Kandidaten stellen müssen.» Gesagt, getan. Nachdem Parteipräsident Stefan Nünlist das Resultat verkündet hatte, wurde Marco Lupi von den anwesenden Delegierten gebührend gefeiert.

Die Nomination von Peter Hodel war derweil reine Formsache. Mit einem kräftigen Applaus schickten die Delegierten auch ihn in die Regierungsratswahlen. Nünlist zeigte sich an der Nominationsversammlung hocheifrig über das klare Resultat: «So gehen wir geeint und mit voller Kraft in die Regierungsratswahlen 2025.»

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin

Drei Fragen an Marco Lupi

1. Warum möchtest Du für die Freisinnigen in den Regierungsrat einziehen?

Nach neun Jahren im Parlament und einem Jahr als Kantonsratspräsident reizt es mich sehr, den Kanton als Exekutivmitglied weiterzuentwickeln und mitzugestalten.

2. Warum wählen Dich Personen ausserhalb der FDP?

Die Leute schätzen es, dass ich nach Lösungen suche, die uns als Gesellschaft weiterbringen. Dazu braucht es auch die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und Kompromisse einzugehen. Es ist schliesslich der Kompromiss, der uns weiterbringt.

3. Verspürst Du im Hinblick auf den Wahlkampf eher Respekt oder Vorfreude?

Es ist ein Stück weit beides. Im Wahlkampf überwiegt die Freude, vor dem Amt habe ich aber auch grossen Respekt.

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Krisen sind Chancen

Präsidentale Gedanken

«Mit strukturellen Defiziten in Milliardenhöhe beim Bund und dreistelliger Millionenhöhe im Kanton sind wir gefordert.»

Von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, einem meiner grossen politischen Lehrmeister, habe ich gelernt, wie man die Willensnation Schweiz zusammenhält. Es geht um den Ausgleich der Interessen. Man muss darauf achten, dass alle in irgendeiner Form am Kuchen teilhaben können. Nach diesem Prinzip haben der alte Waadtländer Freisinn und auch unsere Eidgenossenschaft über Jahrzehnte wunderbar funktioniert.

Was aber tun, wenn die Mittel knapp werden und die Parlamente nicht einfach immer mehr verteilen können? Genau an diesem Punkt sind Eidgenossenschaft und unser Kanton Solothurn angelangt. Mit strukturellen Defiziten in Milliardenhöhe beim Bund und dreistelliger Millionenhöhe im Kanton sind wir gefordert. Das «gäng we gäng» funktioniert nicht mehr. Sowohl Bundes- wie auch unser Regierungsrat haben in der Zwischenzeit Massnahmenpläne ausgearbeitet. Vorgeschlagen wird viel, darunter auch viel Unpopuläres. Entsprechend gross ist der Aufschrei bei allen Anspruchsgruppen, vom Personal über die Schulfunktionäre und Gemeinden bis hin zur Oltnen Fasnacht, wo der Schule für Mode und Gestaltung das Aus droht.

Bei allem Respekt für die Bemühungen des Bundesrates und unseres Regierungsrates: Richtig gespürt und das Übel an den Wurzeln gepackt wird mit diesen vielen zum Teil doch eher kosmetischen Massnahmen nicht. Die ängstliche Haltung unserer Solothurner Regierung gegenüber

unserer vorausschauenden 1:85-Initiative sprach Bände. Das Hauptproblem unseres Staatswesens ist ein sich je länger, desto mehr verselbstständigter Staatsapparat, eine übergriffige Justiz und aktivistische Parlamente, die sich der Grenzen ihrer Gesetzgebung nicht mehr bewusst sind. Obwohl uns das Wasser im Kanton bis zum Hals steht, will der Regierungsrat im kommenden Jahr über 100 zusätzliche Stellen schaffen. Anstatt den umsetzenden Behörden Freiräume zu gewähren, wird das «Wie» bis ins hinterste Detail geregelt. Die Folgen davon sind stets mehr gebundene Kosten, ein rasch wachsender Teil unserer Staatsausgaben, die von oben nach unten diktiert werden, und immer kleiner werdende Gestaltungsfreiräume der unteren Staatsebenen.

Was geht es zum Beispiel den Kanton an, wie viel ein Volksschullehrer in Grenchen oder Schönenwerd verdient? Das ist Sache der Gemeinden! Kitas sind notwendig, aber «wie» so ein Angebot umgesetzt wird, das sollte der Kanton den Gemeinden überlassen. Anstatt immer mehr Zentralismus

zu pflegen bis hin zu europäischen Gerichtshöfen mit einer entkoppelten, die Demokratie verhöhrenden Richterkaute, brauchen wir mehr Eigenverantwortung und Freiheiten für den Einzelnen, die Kantone und die Gemeinden. In den Räten ist die Bereitschaft gefragt, Fehlanreize wie etwa im Gesundheitssystem den Kampf anzusagen, das Subventionsmonster zu stoppen und auf Föderalismus und Subsidiarität zu bauen. Das bedeutet dann aber auch, gewisse Ungleichheiten in der Umsetzung zuzulassen – der Mittagstisch in Kienberg darf anders ausgestaltet sein als die Kita in Olten – und für den Einzelnen und die untere Staatsebene Verantwortung zu übernehmen.

Entsprechend sind wir Freisinnige mehr denn je gefordert. Krisen löst man nicht mit Kosmetik und mehr von Gleichem. Krisen sind auch Chancen und bedingen einen radikalen Lösungsansatz, einen anderen Denkansatz und Mut zur Veränderung.

Mit frohem Gruss,
Stefan Nünlist



«Olten ist gesellschaftlich und kulturell ausgesprochen lebendig»

Interview mit Stadtratskandidat Thomas Fürst

Zur Person

Thomas Fürst (40) ist selbstständiger Rechtsanwalt und präsidiert den Solothurnischen Anwaltsverband. Seit 2021 ist er Kantonsrat und Gemeindeparlamentarier in Olten. Daneben ist er vielfältig engagiert, unter anderem als Geschäftsführer des Verbandes deutschschweizerischer Unternehmen der Uhren- und Mikrotechnik, des kantonalen Hauseigentümerverbandes und in gemeinnützigen Stiftungen. In seinen freien Stunden trifft man ihn beim Sporttreiben, beim geselligen Zusammensein mit Familie und Freunden oder an der Fasnacht «of de Gass» an.

Politik ist seine Leidenschaft – ob im Kantonsrat oder im Gemeindeparlament von Olten. Nun schickt sich Thomas Fürst an, Stadtrat von Olten zu werden. Als grösste Herausforderung der Stadt Olten sieht er die stark steigenden laufenden Ausgaben. «Man wird nicht umhinkommen, Prioritäten zu setzen», sagt Stadtratskandidat Fürst.

Thomas Fürst, warum willst Du Stadtrat werden?

Die politische Arbeit im Oltner Gemeindeparlament macht mir grosse Freude. Kommunale Politik ist insofern besonders spannend, weil man einen relativ direkten und konkreten Gestaltungsspielraum hat. Gerne würde ich noch mehr Verantwortung übernehmen und mich auch in der Exekutive für unsere Stadt engagieren.

Die bürgerlichen Kräfte sind aktuell im Oltner Stadtrat klar untervertreten. Welche Konsequenzen hat das?

Für ein möglichst reibungsloses Funktionieren der Politik ist es sinnvoll, wenn das Meinungsspektrum der Bevölkerung auf allen Ebenen adäquat vertreten ist. Eine unausgewogene Exekutive kann dazu führen, dass unausgewogene Vorlagen der Legislative und schliesslich dem Volk vorgelegt werden – und dort dann überdurchschnittlich oft Schiffbruch erleiden.

Was wäre Dir als Stadtrat im Umgang mit den Oltnerinnen und Oltnern besonders wichtig?

Dasselbe, was mir bereits heute wichtig ist: ein

sachlicher und zielgerichteter Dialog sowie ein stets offenes Ohr für konstruktive Anliegen und Kritik.

Welche freisinnigen Werte möchtest Du in den Stadtrat einbringen?

Ich bin überzeugt, dass eine der wichtigsten Eigenschaften freisinniger Politik ist, dass sie keine spezifische Klientel im Fokus hat, auch wenn ihr dies politisch Andersgesinnte teilweise gerne unterstellen. Eine Politik, die auf ein liberales Gesellschafts- und Wirtschaftssystem setzt, die Freiheit und Eigenverantwortung hoch gewichtet und gleichzeitig Verantwortung übernimmt für Menschen, die Unterstützung brauchen, dient langfristig der gesamten Gesellschaft.

Welches sind die grössten Herausforderungen der Stadt Olten?

Herausforderungen gibt es viele. Unter anderem stehen in den nächsten Jahren mehrere grössere Investitionsprojekte an, die unsere Stadt langfristig prägen werden. Dabei wird man nicht umhinkommen, Prioritäten zu setzen. Dies gilt in beson-

derem Masse auch mit Blick auf die viel zu stark steigenden laufenden Ausgaben – eine Entwicklung, die langfristig die Handlungsfreiheit einzuschränken droht, wenn sie nicht auf ein vernünftiges und nachhaltiges Niveau gedrosselt wird.

Was macht Dich stolz, Oltner zu sein?

Olten ist wunderschön gelegen und bietet mit der Aare und den umliegenden Wäldern grossartige Naherholungsmöglichkeiten. Zudem ist die Stadt gesellschaftlich und kulturell ausgesprochen lebendig, was insbesondere den Menschen und Unternehmen zu verdanken ist, die sie ausmachen. Auch Zuzügerinnen und Zuzüger können bei uns schnell Fuss fassen und sich im gesellschaftlichen und politischen Leben engagieren, wenn sie möchten. Diese Offenheit und Unkompliziertheit der Oltnerinnen und Oltner finde ich besonders sympathisch.

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin

Tue Gutes und sprich darüber

Die Kantonalpartei auf Social Media

Als Ortsparteipräsidentin, Gemeinderat, Kantonsrätin und Wahlkampfshelfer übernehmen die Freisinnigen Verantwortung. Sei es beim millionenschweren Schulhausneubau, bei der Budgetdebatte im Kantonsrat oder beim Weihnachtsanlass der Ortspartei. Wir stellen diese engagierten Personen verstärkt ins Zentrum.

Die Kommunikation ist nahezu genauso wichtig wie das Politisieren selber. Die FDP Kanton Solothurn präsentiert sich auf diversen Kanälen. Sie will den Solothurnerinnen und Solothurnern aufzeigen, wofür unsere Partei einsteht und wer sich dafür engagiert. Neben den politischen Vorstössen können das auch gemeinnützige Aktionen wie etwa der Clean-up Day der FDP Stadt Olten sein. Wir wollen zeigen: Die Freisinnigen packen an.

Im neu aufgeschalteten Solothurner Blog publizieren wir Kurzinterviews mit unseren Mandatsträgerinnen und -trägern, berichten über unsere Vorstösse in den Kantonsratssessionen und informieren über die Aktualitäten aus der Partei. Auf unseren Social-Media-Kanälen werden diese Themen zusätzlich mit Fotos, Videos und Grafiken visualisiert. Wir freuen uns, wenn Sie uns auf Facebook, Instagram, LinkedIn, X und TikTok folgen. Damit wir möglichst viele Solothurnerinnen und Solothurner erreichen können, hilft es uns enorm, wenn die Beiträge kommentiert, geliked und geteilt werden.

Haben Sie ein spannendes Thema oder Persönlichkeiten aus Ihrer Gemeinde, die wir auf unseren Kommunikationskanälen beleuchten können?

Melden Sie sich gerne unter info@fdp-so.ch.

Melanie Racine,
Präsidentin JFSO



Für Politik mit Weitblick

Die FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn hat im Hinblick auf die Wahlen 2025 eine neue Dachkampagne lanciert. Wir zeigen unsere Wählerinnen und Wähler und deren Wünsche. Franziska Giger, Rentnerin aus Solothurn, ist eines der Gesichter unserer Dachkampagne. Sie sagt: «Ich will Politik mit Weitblick. Ich wähle die FDP.» Lesen Sie im Solothurner Blog auf unserer Website, warum Franziska Giger mehr Weitblick im Gesundheitssystem fordert und warum die FDP für Weitblick steht. <https://www.fdp-so.ch/aktuell/solothurner-blog>

FDP sagt Frühenglisch den Kampf an

Die FDP-Fraktion fordert in einem Auftrag, dass Frühenglisch aus der Primarschule verbannt wird. Die Schülerinnen und Schüler benötigen mehr Zeit, um die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen zu vertiefen.

3 Fragen an Sabrina Weisskopf, Kantonsrätin und Vizepräsidentin FDP Kanton Solothurn

Die Fraktion sagt, Primarschülerinnen und -schüler seien mit zwei Fremdsprachen überfordert. Wie äussert sich das?

Das zeigt sich in einem tieferen Leistungsniveau in den Kernfächern, das sich durch die ganze Schullaufbahn hindurchzieht. Je mehr Fächer wir in der Primarschule unterrichten, desto weniger Zeit bleibt für die Kernkompetenzen Deutsch und Mathematik. Für viele Schülerinnen und Schüler ist Deutsch zudem bereits die erste Fremdsprache. Kommt noch Französisch und Englisch dazu, müssen diese Kinder in der Primarschule bereits drei Fremdsprachen lernen. Das ist für viele zu viel.

Welche Fächer sollten auf Kosten von Frühenglisch idealerweise gestärkt werden?

Insbesondere Deutsch und Mathematik. Allenfalls auch das Werken – für Kinder, die lieber mit den Händen arbeiten.

Aktuell ist es nicht mit dem Harmos-Konkordat vereinbar, Frühenglisch an der Primarschule abzuschaffen. Wie ist das zu lösen?

Das ist richtig, darauf haben wir in unserem Vorstoss ja auch hingewiesen. Es wird nun die Aufgabe der Regierung sein, gemeinsam mit anderen Kantonen auf eine Änderung des Harmos-Konkordats hinzuwirken und den Kantonen zumindest in Bezug auf die Fremdsprachen wieder mehr Gestaltungsspielraum zu geben.



Sabrina Weisskopf, Kantonsrätin und Vizepräsidentin FDP Kanton Solothurn



Vernetzung und Dialog

Die Jungfreisinnigen pflegen den Austausch –
über Parteigrenzen hinweg

Herbstmesse, Delegiertenversammlungen und zahlreiche Events der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn (JFSO): Die letzten Wochen standen ganz im Zeichen der Vernetzung. Wie jedes Jahr übernahmen die Jungfreisinnigen Kanton Solothurn einen Tag lang den HESO-Stand.

Es war eine Freude, sowohl bekannte Gesichter als auch neue, interessierte Menschen zu begrüssen und ihnen von unserem Engagement für unseren Kanton zu berichten. Der direkte Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist uns sehr wichtig, um ihre Ängste und Sorgen besser zu verstehen.

An unserer Delegiertenversammlung im September freuten wir uns über die Nominierungen von Marco Lupi und Peter Hodel. Auch wir als Jungpartei werden im Wahlkampf mit vollem Einsatz dafür kämpfen, unsere beiden Regierungsratsitze zu verteidigen.

Im Oktober luden wir zu einem Polit-Stamm mit der Jungen SVP Kanton Solothurn ein. Bei einem Apéro tauschten wir uns über aktuelle kantonale und nationale Themen aus. Auch wenn wir nicht in allen Fragen einer Meinung waren, empfanden wir den Austausch als sehr bereichernd und möchten ihn künftig weiterführen. Unser Ziel ist es, gemeinsam junge Menschen zu motivieren, sich aktiv für ihre Zukunft einzusetzen.

An unserer Parolenfassung durften wir wiederum ein Unternehmen in der Region besuchen: die

Espace Real Estate. Der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik stand dabei im Mittelpunkt.

Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung ist uns ein sachlicher Austausch mit Expertinnen und Experten wichtig. Unser Land leidet in verschiedenen Bereichen unter Reformstau, und die Linken blockieren jeglichen Fortschritt. Deshalb engagieren wir uns für die nationalen Abstimmungen vom 24. November mit 4x Ja. Für den Ausbau unserer Infrastruktur, für genügend Wohnraum und für tiefere Krankenkassenprämien.

Melanie Racine, Präsidentin JFSO

Bildungspolitik trifft uns Junge am meisten

Vor einigen Wochen ist das Positionspapier der FDP Schweiz zum Thema Bildung veröffentlicht worden und der Freisinn hat das Narrativ frühzeitig für sich gewonnen. Als Schüler oder Studierende sind ein grosser Teil der Jungfreisinnigen täglich von den geschilderten Problemen betroffen. In

diesem Zusammenhang möchten wir uns ebenfalls beteiligen und erarbeiten ein nationales Positionspapier, an welchem mit mir auch ein Solothurner seine Gedanken einbringen darf. Der Zeitplan sieht vor, dass das Papier Mitte November veröffentlicht wird.

Inhaltlich finden sich in den Kernpunkten grössere Überschneidungen zu den Forderungen der FDP Schweiz. Dabei nutzen wir unsere Möglichkeit als Jungpolitiker, auch frech sein zu dürfen. Ohne zu viel zu verraten, kann ich andeuten, dass namentlich nebst der Forderung neutraler Schulen auch Politik als Schulfach gefordert wird oder interkantonale Sprachaustausche im Lehrplan verankert werden sollen. Und wer finanziert das? Auch dazu haben wir uns bereits Gedanken gemacht und im Positionspapier fixiert. Damit möchten wir unter anderem als Jungfreisinnige zum Ausdruck bringen, dass unsere Forderungen nicht nur für mediale Auftritte sind, sondern wir gemeinsam mit der Mutterpartei mitziehen werden!

Apropos neutrale Schulen: Nicht selten regen sich Mitglieder der JFSO über Erlebnisse an ihrer Schule auf. Als Lösung bieten wir die «liberalen Ohren» (<https://jfs.ch/liberale-ohren/>): Wer will, kann seine Erfahrungen mit uns teilen.

Emrecan Deger, Vorstandsmitglied JFSO

Wir wollen alle Tage sparen ...

Kolumne

«Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr.» Dieser Satz stammt von Goethe. Er ist also uralt, aber top aktuell, wenn man sieht, wie derzeit auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene die Finanzmittel knapper werden. Sparen ist angesagt! Die SP und die Grünen lehnen dies jedoch kategorisch ab. Für SP-Parteipräsident Cédric Wermuth gibt es überhaupt kein Ausgabenproblem. Und ins gleiche Horn bläst die solothurnische SP-Kantonalpartei. Obwohl der Kanton für das nächste Jahr ein Defizit von 103 Millionen veranschlagt, betrachtet sie die Finanzlage als «stabil» und fordert unter anderem munter substanzielle Lohnerhöhungen für die Kantonsangestellten. Aus ihren Reihen stammt auch das Begehren, jetzt die Entschädigungen für die Mitglieder des Kantonsrats zu erhöhen. Nach den Corona-Leugnern nun die Defizitleugner?

In den Köpfen der Politikerinnen und Politiker schwirren viele Gedanken herum, was man auch noch tun könnte, um sich bei der Wählerschaft beliebt zu machen. Jugendförderung! Wer kann da schon dagegen sein? Also zahlt der Bund der Jungen SVP die stattliche Summe von 161 000 Franken, damit sie damit, wie sich zeigt, junge Rechtsextremisten züchten kann. Die Jusos züchten dagegen Linksextreme und bekommen dafür vom Staat ebenfalls 160 000 Franken. Das hindert beide Jungparteien jedoch nicht, sich lautstark gegen eine staatliche Parteienfinanzierung ins Zeug zu legen.

Das sind nur zwei Beispiele von Staatsausgaben, bei denen man sich fragen kann, ob das wirklich nötig und sinnvoll ist. Bei solchen Subventionen muss der Sparhebel angesetzt werden. Bauen mit Steuergeldern wird immer teurer. Aber braucht man dafür einen Stararchitekten? Wären für den Betrieb einfachere Spitäler und Schulhäuser nicht zweckmässiger und vielleicht auch kostengünstiger? Kritisch darf man auch die Entwicklungszusammenarbeit hinterfragen: Geben wir diese grossen Summen wirklich überall zielführend aus? Aber für die Linken ist gerade das eines der Tabus, die ja nicht angetastet werden dürfen, vor allem, wenn jetzt dringend mehr Geld für die Armee benötigt wird. Auch für Franziska Roth darf bei der Entwicklungshilfe ja nicht gespart werden. Sie weiss auch, was die besten Militärexperten nicht wissen, dass Russland die Schweiz nie angreifen wird.



Apropos Tabus: Der Politologe Adrian Vatter (auch ein Linker) sieht sogar die Gesundheit der Kulturschaffenden gefährdet, wenn in diesem Bereich gespart wird.

Goethes Satz müsste heute deshalb sinngemäss geändert werden: Wir brauchen alle Tage mehr und wollen gar nicht sparen. Auch nicht gespart wird, wenn der Bund, um sich finanziell zu entlasten, Ausgaben auf die Kantone verschieben will und ebenso der Kanton auf die Gemeinden. Wenn schon, müssten die Kantone bzw. die Gemeinden die Möglichkeit und den Spielraum haben, frei darüber entscheiden zu können, ob sie für solche Aufgaben weiterhin Steuergelder ausgeben wollen oder können.

Wenn man nicht sparen will, um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen, muss man die Steuern erhöhen. Das aber will Wermuth auch nicht. Er wehrt sich dagegen, dass «Geld auf dem Buckel der Allgemeinheit» wieder reingeholt wird. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer trifft tatsächlich die Allgemeinheit. Genau das will nun Franziska Roth zur Finanzierung der Armeeausgaben, damit nicht anderswo gespart werden muss. Noch vor kurzem, vor der Volksabstimmung über die Prämienentlastungsinitiative, verkündete sie: «Ich kenne viele Familien, bei denen nicht einmal das Umdrehen jedes Rappens hilft, um in der reichen Schweiz über die Runden zu kommen.» Und lässt sie die nun alle im Stich?

Urs Marti, Langendorf

AGENDA

Mittwoch, 20. November

17.30 Uhr: Supporter-Club:
Jahresversammlung, Solothurn

Donnerstag, 21. November

17 Uhr: FDP Frauen SO: Vorweihnachtsanlass

Sonntag, 24. November

Eidgenössische Abstimmung

Samstag, 30. November

9 Uhr: Parteitag Energie

Dienstag/Mittwoch, 10./11./18. Dezember

Kantonsratssession

Dienstag, 17. Dezember

18 Uhr: Parteivorstand, Egerkingen

Dienstag, 21. Januar

19 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

News

Gemeindepräsidium von Balm bei Günsberg in liberalen Händen

46 Gemeindepräsidien der 106 Gemeinden im Kanton Solothurn sind in liberaler Hand – neu auch das Gemeindepräsidium von Balm bei Günsberg. Der aktuelle Gemeindepräsident von Balm bei Günsberg, Christoph Siegel, ist in diesem Herbst der FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn beigetreten. Sein Herz hat allerdings seit jeher liberal geschlagen, trat er doch vor über 20 Jahren der FDP-Ortspartei von Gerlafingen bei.

«Dem Freisinn fühlte und fühle ich mich verbunden, weil dieser seit jeher für Werte steht, mit denen ich mich identifizieren kann. Zum Beispiel steht der Freisinn für eine gute und bedarfsgerechte Bildung, für Selbstverantwortung, für einen schlanken, aber starken Staat, für gesunde Finanzen sowie für eine sachbezogene und nicht ideologisch motivierte Politik», sagt Christoph Siegel. «Diese Werte decken sich auch mit den Anliegen einer kleinen Gemeinde wie Balm bei Günsberg. Der grösste Budgetposten ist die Bildung. Kommunalpolitik ist bei uns zur Hauptsache Sachpolitik. Wir stehen in der Verantwortung für ausgeglichene Finanzen und wir werden täglich konfrontiert mit einer zunehmenden Regulierungsdichte sowie einer ausufernden Bürokratie.»

Simon Schwegler, liberaler Unternehmer

Im Interview über Freiheit und Politik

Simon Schwegler findet, dass Bürokratie durch Führungsschwäche verstärkt wird, unsere Sozialwerke reformiert werden müssen und dass Personalplanung in der Parteipolitik ein Schlüsselthema sei.

Was bedeutet Freiheit für Sie persönlich?

In unserer heutigen westlichen Welt bedeutet Freiheit für mich, dass man sich frei entfalten kann. Grundvoraussetzungen dafür sind die Meinungsfreiheit, die Rechtssicherheit und das Recht auf Privatsphäre. Ich bin mir aber bewusst, dass die ersehnte Freiheit in anderen Regionen dieser Welt ganz andere Voraussetzungen bedingt.

Was motiviert Sie, sich in der Politik zu engagieren?

Der immer noch ausgeprägte Milizgedanke. Ich finde es faszinierend, dass wesentliche Elemente der Staatsaufgaben im Milizwesen geführt werden und damit der Staat schlank gehalten wird, zivile Fähigkeiten genutzt werden und Entscheide breit abgestützt werden können. Selbstredend mache ich mir daher auch Sorgen, wenn ich sehe, dass immer mehr Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Politik vollamtlich ausüben. Auch wenn ich beruflich stark ausgelastet bin, versuche ich hier, über mein Engagement in Partei und Verbänden Gegensteuer zu geben.

Welche politischen Reformen halten Sie für unbedingt notwendig, um das Land voranzubringen?

Es sind die typischen Vorsorgethemen – also Gesundheit, Alter und Sicherheit –, welche reformiert oder zumindest revidiert werden müssten. Wir haben zumindest in meiner Generation zu stark darauf vertraut, dass die Vorsorgeinstitutionen in ihrer bisherigen Konfiguration die gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen aushalten könnten. Aber hier muss wohl zuerst ein Ruck durch die Gesellschaft gehen – hin zu einem weit-sichtigeren Generationenbewusstsein –, damit insbesondere die Sozialwerke reformierbar werden.

Was ist Ihre Lieblingslösung gegen Bürokratie?

Mehr Realitätsbezug und mutigere Führung. Dass aus einer «Initiative gegen Masseneinwanderung» eine «Stellenmeldepflicht» wird, welche eine enorme



«Ich mache mir Sorgen, wenn ich sehe, dass immer mehr Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Politik vollamtlich ausüben.»

Zusatzbelastung für Arbeitgebende nach sich zieht, dürfte das Ergebnis eines politischen Gerangels ohne Rücksicht auf die Arbeitsmarktrealität sein.

Viel Ursprung von Bürokratie verorte ich in der Selbstabsicherung von Führungskräften. Da wird lieber noch ein begleitender Bericht bestellt, der den Entscheid vorwegnimmt, als dass mutig entschieden und der Entscheid auch konsequent durchgesetzt wird.

Was ist Ihrer Meinung nach das beste Mittel, um junge Menschen für Politik zu begeistern?

Jüngere Menschen kann man mit überzeugenden und prägnant formulierten Ideen für das minimale politische Engagement – abstimmen und wählen – gewinnen. Wichtiger ist für unser Milizsystem jedoch, dass wir die besten Führungspersönlichkeiten für die Politik gewinnen können. Hier glaube ich, geht es am ehesten mit vorbildlichen Persönlichkeiten in den herausragenden politischen Funktionen. Die Personalplanung erachte ich in Parteien und Verbänden darum als Schlüsselthema.

Welcher Politiker aus der Geschichte inspiriert Sie und warum?

Ich war zweifellos beeindruckt von Christoph Blochers Talent, Politik zu machen. Mit diesem Instinkt wäre ich gerne gesegnet. Inspirierend ist für mich Philipp Müller, der zu der Zeit FDP-Schweiz-Präsident war, als ich die Churer Stadt-partei präsidiert habe. Seine Art, seine Ansichten und seine Parteiführung haben dazu geführt, dass bei Parteimitgliedern und Öffentlichkeit die Kritik an der FDP Schweiz deutlich nachgelassen hat – was für einen Kreisparteipräsidenten sehr hilfreich war.

Simon Schwegler,
Unternehmer und Partner der ODURA-Gruppe
und Mitglied der FDP Chur

Bild: iStock, Micha Steinmann



Mietrechtsanpassungen

Für faire Regeln und gegen Missbrauch

Die beiden Mietrechtsvorlagen zur Untermiete und zum Eigenbedarf sorgen für faire und klare Regeln, schaffen Rechtssicherheit und schützen vor Missbrauch. Davon profitieren insbesondere auch Mieterinnen und Mieter.

Am 24. November 2024 stimmen wir über zwei Änderungen des Mietrechts im Obligationenrecht ab. Die eine Vorlage betrifft die Untermiete, die andere den Eigenbedarf des Eigentums. Beide Vorlagen betreffen nur einen kleinen Teil der Mietverhältnisse. Sie schaffen aber faire und klare Regeln und bieten Lösungen für störende Einzelfälle, unter denen heute sowohl die Eigentümerschaft als auch die Mieterschaft sowie weitere Mietparteien im gleichen Gebäude leiden.

National- und Ständerat haben im September 2023 zwei Anpassungen des Obligationenrechts im Bereich des Mietrechts verabschiedet. Der Mieterverband hat am 16. Januar 2024 die nötigen Unterschriften für ein Referendum eingereicht und führt unter dem Slogan «Nein zum Angriff auf das Mietrecht» eine polemische und faktenferne Gegenkampagne.

Untermiete

Was bleibt gleich? Mieter dürfen eine Mietwohnung oder ein Geschäftslokal weiterhin ganz oder teilweise untervermieten. Zum Beispiel, wenn sie einen Auslandsaufenthalt planen und danach in ihre Mietwohnung zurückkehren wollen. Oder wenn sie als Hauptmieter eine WG bilden möchten.

Was ändert sich? Wenn ein Mieter seine Wohnung untervermieten will, muss er künftig ein schriftliches Gesuch stellen und eine schriftliche

Zustimmung des Vermieters einholen. Neu muss der Vermieter einer Untervermietung, die länger als zwei Jahre dauert, nicht zwingend zustimmen. Die Untermiete bleibt aber weiterhin auch für Zeiträume über zwei Jahre möglich – Mieter und Vermieter sind nämlich frei, einvernehmlich abweichende Regelungen zu vereinbaren.

Warum sind diese Änderungen wichtig? Indem man Abmachungen schriftlich festhält und Kriterien verbindlich definiert, schaffen wir Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Diese Lösung ist daher für Mieter und Vermieter vorteilhaft. Auch die Untermieter profitieren von diesen neuen Bestimmungen. Sie bieten mehr Rechtssicherheit und schützen sie vor Missbrauch und Willkür.

Eigenbedarf

Was bleibt gleich? Die Rechte der Mieter werden nicht geschmälert. Mieter haben weiterhin das Recht, die Kündigung, auch bei Eigenbedarf, anzufechten und ein Erstreckungsgesuch zu stellen. Die Schlichtungsbehörde überprüft weiterhin die Zulässigkeit der Kündigung und die Möglichkeit der Erstreckung kostenlos.

Was ändert sich? Die heutigen Anforderungen an die Beweisführung für eine Kündigung wegen **dringenden** Eigenbedarfs sind unpräzise. Im Gesetz soll deshalb die Formulierung «dringender Eigenbedarf» durch «bedeutender und aktueller Eigenbedarf» ersetzt werden. Diese vorgeschlagene

Änderung beschlägt also nur die wenigen vom Gesetz vorgesehenen Fälle, wo eine Dringlichkeit des Eigenbedarfs vorausgesetzt ist. Insbesondere erleichtert es Personen, die eine bisher vermietete Wohnung oder ein Geschäftslokal kaufen, ihr Eigentum innerhalb einer vernünftigen Frist auch tatsächlich selbst nutzen zu können.

Warum sind diese Änderungen wichtig? Die Unsicherheiten bei der Definition der Dringlichkeit eines Eigenbedarfs werden beseitigt und durch eine klarere Formulierung ersetzt. Die Mietrechtsvorlage zum Eigenbedarf gewährleistet eine faire Interessenabwägung und liegt damit im Interesse von Mietern und Vermietern. Und die Mieter haben weiterhin das Recht, Entscheide vor Gericht anzufechten.

Aus obigen Gründen bitten wir Sie, den Mietrechtsänderungen am 24. November 2024 zuzustimmen.

JA zu den beiden Mietrechtsvorlagen



Patricia von Falkenstein,
Nationalrätin LDP Kanton Basel-Stadt

Dank medizinischem Fortschritt lassen sich immer mehr Behandlungen und Eingriffe ambulant durchführen.
Bild: iStock, gorodenkoff



Kosten sparen, Versorgung verbessern

Ja zur einheitlichen Finanzierung

Am 24. November 2024 haben wir die Chance, an der Urne der einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen zuzustimmen und damit Ja zu einer Reform im Gesundheitswesen zu sagen. Eine Mehrheit der Parteien, Verbände und Organisationen steht hinter dieser Vorlage. Auch die Konferenz der Kantonsregierungen und der Schweizerische Gemeindeverband sagen Ja zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen. An der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Tenero vom 19. Oktober 2024 wurde die Vorlage ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen stetig, die Krankenkassenprämien belasten das Haushaltsbudget. Dennoch wollen wir uns zu Recht eine hochstehende Gesundheitsversorgung leisten, die Gesundheit ist wichtig. Dank medizinischem Fortschritt lassen sich immer mehr Behandlungen und Eingriffe ambulant durchführen. In den umliegenden Ländern und weltweit werden heute viel mehr ambulante Eingriffe durchgeführt als in der Schweiz. Bei uns geschieht dies nur zögerlich, weil die finanziellen Anreize falsch gesetzt sind.

Aus folgenden Gründen sind ambulante Behandlungen sinnvoll: Sie sind kostengünstiger und weniger personalintensiv. Letzteres ist gerade in Zeiten des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen ein wesentliches Argument. Weiter treten bei ambulanten Behandlungen weniger Infektionen durch Spitalkeime auf, welche unter Umständen gefährliche Komplikationen nach sich ziehen. Nicht zuletzt entspricht es oft auch dem Patientenwunsch, nur kurz im Spital zu verweilen und möglichst rasch in den eigenen vier Wänden zu genesen.

Finanzierungsmodelle der Gesundheitskosten und ihre Folgen

Ambulante Leistungen werden heute zu 100% von den Krankenkassen bezahlt – stationäre hingegen nur zu 45%, die restlichen 55% übernimmt der Kanton. In der Pflegeleistung sind die Kosten ungefähr hälftig aufgeteilt. Dieser Fehlanreiz führt zu unnötigen Hospitalisationen und höheren Behandlungskosten ohne Steigerung der Behandlungsqualität. Neu sollen medizinische Leistungen mit einem konstanten Finanzierungsschlüssel bezahlt werden, unabhängig von der Behandlungsart. Dadurch richtet sich der Entscheid einer Behandlungsart rein auf die medizinische Notwendigkeit. Versorgungsketten sowie koordinierte Versorgung können gestärkt werden, so dass bei den Gesundheitskosten jährlich insgesamt bis zu 440 Millionen. Franken eingespart werden können.

Was geschieht mit den Gesundheitskosten ohne Reform?

Dank medizinischem Fortschritt würde sich der Trend zur ambulanten Medizin auch nach einem

«Mit dieser Vorlage wird eine langjährige Forderung umgesetzt, welche eine echte Reform im Gesundheitswesen bedeutet.»

Nein zur einheitlichen Finanzierung fortsetzen. Die Kosten im Gesundheitswesen würden damit weiterhin zu den Krankenkassen verschoben. Weitere übermässige Prämienerschübe wären vorprogrammiert.

Ja zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen

Meine Meinung ist klar: «Mit dieser Vorlage wird eine langjährige Forderung umgesetzt, welche eine echte Reform im Gesundheitswesen bedeutet, Kosten spart und die Qualität hoch hält. Deshalb stimme ich am 24. November aus Überzeugung Ja zur einheitlichen Finanzierung.»

JA zur einheitlichen Finanzierung!



Bettina Balmer,
Kinderchirurgin und Nationalrätin ZH

Für eine Schweiz, die vorwärtskommt

Leistungsfähige Autobahnen ohne Stau

Die Nationalstrassen machen nur 3% des gesamten Strassennetzes aus, nehmen aber rund 40% des Personenverkehrs und etwa 70% des Güterverkehrs auf. Autobahnen sind also hoch effiziente und effektive Verkehrsinfrastrukturen.

Jährlich stehen wir rund 49 000 Stunden im Stau, was die Volkswirtschaft gegen drei Milliarden Franken kostet. Seit 1990 hat sich der Verkehr verdoppelt. Ohne Massnahmen wird bis 2040 ein Viertel der Nationalstrassen überlastet sein. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig zu investieren, damit die Verkehrswege für Personen und Güter weiterhin funktionieren. Besonders in den Agglomerationen und Städten ist es zentral, dass die untergeordneten Strassennetze funktionieren, was den öffentlichen Verkehr sowie den Nahverkehr stärkt.

Das Ziel ist es, den Verkehr auf die Autobahnen zu lenken und die anderen Strassen zu entlasten, damit Fussgänger und öffentliche Verkehrsmittel ungehindert zirkulieren können. Wenn die Nationalstrassen dauerhaft verstopft sind, geht das zu Lasten aller Verkehrsteilnehmer.

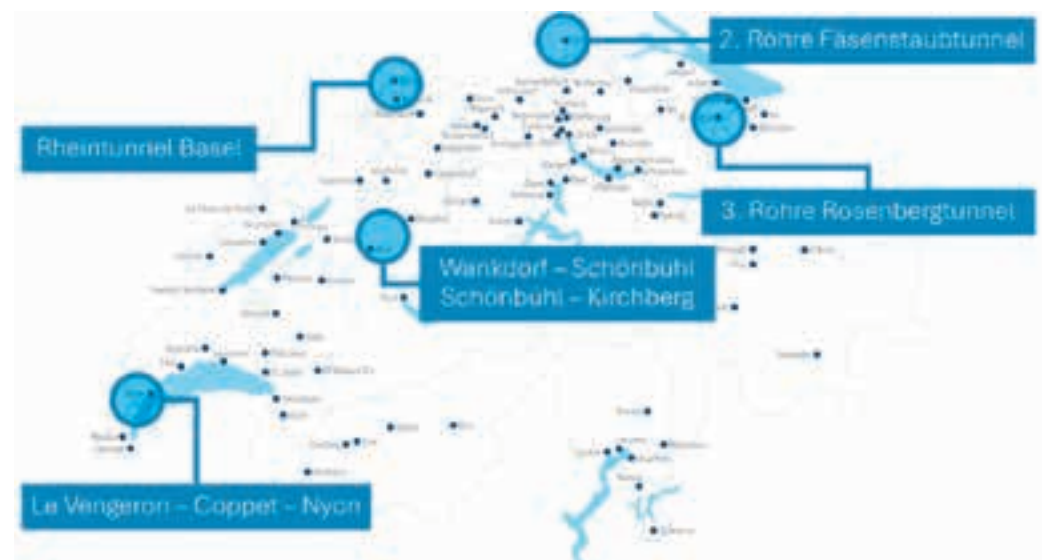
Mit der Abstimmung über die Weiterentwicklung der Nationalstrassen, wird eine intelligente und clevere Verkehrspolitik weitergeführt. Wer steht schon gerne im Stau? – Niemand! Stattdessen ist es sinnvoll, punktuell gezielte Projekte zu realisieren, um den Verkehrsfluss auf den Autobahnen zu verbessern. Ein Beispiel ist die Eröffnung des dritten Tunnels am Baregg. Seit der Eröffnung hat der Verkehr dort nur mässig zugenommen, aber der Verkehrsfluss hat sich verbessert.

Dasselbe gilt für den Ausbau der Autobahnstrecke zwischen Härkingen–Gunzgen–Wiggertal. Der Verkehrsfluss konnte massiv gesteigert werden. Das Verkehrschaos aufgrund zu geringer Kapazität gehört der Vergangenheit an. Seit Inbetriebnahme der sechs Spuren ist das Verkehrsaufkommen konstant geblieben, aber der Verkehr verläuft heute problemlos. Die Kantonsstrassen wurden in beiden Fällen ebenfalls entlastet.

Ein aktuelles Beispiel für die Entlastung der übrigen Strassen ist der Gubrist-Tunnel:

Seit der Eröffnung der neuen Röhre am Gubrist hat sich der Verkehr auf der Kantonsstrasse um 20% reduziert.

Das ist eine klare Winwin-Situation: einerseits für diejenigen, die auf der Nationalstrasse flüssig vor-



Abstimmungsprojekte vom 24. November 2024.

ankommen, und andererseits für die Anwohner, die weniger Verkehr auf der Kantonsstrasse vorfinden.

Engpässe beseitigen

Engpässe gibt es überall in der Schweiz, von der Romandie bis in die Ostschweiz. Bei der Abstimmung über den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen geht es darum, die gravierendsten Engpässe der Stufe drei zu beheben. Das umfasst Umfahrungen von Stadtzentren und Orten ohne alternative Routen.

- 6 Projekte
- 3 Tunnelprojekte
- 0 Kilometer neue Strasse
- 8 Hektaren Bedarf an Fruchtfolgefleichen, was etwa 11 Fussballfeldern entspricht
- 0,0017% der gesamten Fruchtfolgefleichen der Schweiz
- 5,3 Milliarden CHF für Erweiterungsprojekte
- 8,8 Milliarden CHF für Unterhalt

Die einzelnen Projekte in der ganzen Schweiz sind in der Grafik oben zu sehen. In der Summe ergibt sich ein äusserst wichtiges und stimmiges Investitionsprogramm für die gesamte Schweiz.

Wer Strassen zweckmässig baut, steht weniger im Stau.

Es geht nicht darum, Strasse und Schiene gegeneinander auszuspielen, wie es linke und grüne Vereinigungen und Parteien oft tun, sondern um ein Nebeneinander von Strasse und Schiene, damit die Schweiz vorwärtskommt.

**JA zu leistungsfähigen
Autobahnen ohne Stau!**



Christian Wasserfallen,
Nationalrat BE und Mitglied UREK-N

Für eine Schweiz, die vorwärtskommt



FDP
Die Liberalen



JA

24. Nov. 2024

**Sicherung der
Nationalstrassen**

zusammen-vorwaertskommen.ch

Flüchtlingslager syrischer Flüchtlinge an der türkischen Grenze (2020), Bild: iStock, News Cameraman Video Journalist



Im Brennpunkt der Migration: Türkei

Zwischen Gastfreundschaft und Überlastung

Die Türkei an der Brücke zwischen Asien und Europa war seit jeher Durchgangsland für viele Völker und Stämme. Sie spielt auch eine zentrale Rolle in der illegalen Migration. Doch nicht nur diese macht dem Land zu schaffen.

Flüchtlinge als Pfand

Besonders akut war die Situation 2015. Da konnten wir auch an unseren Stränden Schlauchboote beim Ablegen beobachten. Ein Abkommen von 2016 zwischen der EU und der Türkei sieht vor, dass Asylsuchende, die nach dem Transit durch die Türkei auf den griechischen Inseln in der Ägäis in den EU-Raum gelangen, wieder in die Türkei

abgeschoben werden. Im Gegenzug sagte die EU zu, schutzbedürftige Personen aus der Türkei aufzunehmen. Zudem versprach die EU bis Ende 2018 sechs Milliarden Euro für Projekte in der Grundversorgung, Gesundheit und Bildung für Flüchtlinge zu. Im Juni 2021 sagte sie weitere drei Milliarden Euro zu. Die Zahl der illegalen Migranten ist seither massiv zurückgegangen. Gleich-



Migrationswege in die und aus der Türkei. Bild: iStock, PeterHermesFurian

zeitig hat die türkische Regierung mit ihnen eine Art Pfand in der Hand, um weitere Leistungen der EU zu fordern.

Die grosse Herausforderung für die Türkei sind aber die 3,2 Millionen Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Die meisten leben nun schon seit Jahren in schwierigen Verhältnissen im türkischen Grenzgebiet, immer in der Hoffnung, in ihr Heimatland zurückzukehren. Die enorme Belastung der Ressourcen und Infrastruktur lässt die sprichwörtliche türkische Gastfreundschaft schwinden.

Binnenmigration

Ein Teil der syrischen Flüchtlinge genau wie Türken aus den verarmten Gegenden in Ostanatolien versuchen ihr Glück zunehmend in Istanbul. Dort verrichten sie vor allem Arbeiten im Tieflohnsektor und drücken die Löhne selbst da noch. Für lokale Arbeiter wird es zunehmend schwierig, Geld zu verdienen oder eine Unterkunft zu finden. Zudem verändern ganze Quartiere ihr Gesicht. Wo noch vor Kurzem westliche Kleidung das Strassenbild prägte, sieht man heute vielerorts Leute in ihren traditionellen Gewändern. Freunde von uns berichten, dass sie ihre Stadt kaum wiedererkennen. Sie sind daher wie so viele nach Izmir gezogen.

Zur Binnenmigration hat auch die Erdbebenkatastrophe vom Februar 2023 in der Grenzregion zu Syrien beigetragen. Der Wiederaufbau ist eine gigantische Aufgabe und geht schleppend voran. Von den über 20 Millionen Betroffenen leben heute noch viele Millionen in Trümmern. Es sind aber auch Hunderttausende irgendwo im Land untergekommen. Südlich von Izmir sind ganze Stadtviertel für Ankömmlinge neu gebaut worden.

Exodus der Jungen

Zum Schluss noch ein letzter Strom, der die Türkei noch teuer zu stehen kommen wird. Immer mehr gut ausgebildete junge Leute sehen keine Zukunft in ihrem Land, wo die Wirtschaft stockt. Nach der Hyper-Inflation von knapp 80% im Jahr 2023 liegen wir heute bei gut 55%, was immer noch keine rosigen Aussichten für die wirtschaftliche Erholung verspricht. Wer kann, sucht sich eine Zukunft in Europa oder Nordamerika. Diese Menschen werden fehlen bei künftigen Entwicklungsschritten dieses ach so wunderbaren Landes!



Helen Freiermuth, Izmir, Präsidentin FDP International

100-Jahr-Jubiläum der FDP Schweiz am Gründungsort Olten (1994). Bild: FDP.Die Liberalen Schweiz



130 Jahre FDP

Liberalismus für die kommende Generation

Seit 130 Jahren gestaltet die FDP die Schweiz, wie wir sie kennen. Es ist offensichtlich, dass sich das Schweizer Modell, basierend auf einer florierenden liberalen Wirtschaft, einer niedrigen Verschuldung und einem dynamischen Unternehmergeist, bewährt hat. Wie Jean-Pascal Delamuraz im Jahr 1994 sagte, «spielt der private Unternehmer die zentrale Rolle» in diesem Modell. Er muss die Freiheit haben, zu investieren, zu innovieren und die Schweizer sowie die internationalen Märkte zu erobern.

Doch die heutige Zeit stellt uns vor bedeutende Herausforderungen. Die Versuchung des staatlichen Interventionismus wächst. Die Offenheit der Schweiz wird hinterfragt und die individuelle Freiheit ist bedroht. Wie also können wir die Zukunft des Liberalismus für kommende Generationen sichern?

Die Antwort liegt im Erbe der freisinnigen Ideen. Die Reden unserer ehemaligen Bundesräte, wie jene der Altbundesräte J.-P. Delamuraz und K. Villiger im Jahr 1994, haben auch heute noch grosse Strahlkraft. Sie erinnern uns daran, dass der Liberalismus nicht auf wirtschaftliche Dogmen beschränkt ist, sondern eine echte gesellschaftliche Vision darstellt, bei der individuelle Freiheit untrennbar mit Verantwortung verbunden ist.

Die FDP, Erbin dieser Tradition, hat die Verantwortung, diese Vision zu tragen und auf allen Ebenen des Staates zu verteidigen.

Vergessen wir nicht, wie viel Glück wir haben, in der Schweiz zu leben, einem Land, das für seinen Wohlstand und seine Stabilität beneidet wird. Setzen wir uns mit Überzeugung dafür ein, dass die liberalen Werte weiterhin die Schweizer Gesellschaft durchdringen – von den Gemeinden über die Kantone bis nach Bern. Indem wir diesen Prinzipien treu bleiben, werden wir eine wohlhabende und freie Zukunft für alle bauen.

Mehr Infos, Bilder und die ganzen Reden: <https://www.fdp.ch/130-jahre-fdp>



Arnaud Bonvin
Kommunikationschef FDP.Die Liberalen Schweiz

Auszüge aus den Reden zum Hundertjahrjubiläum:



**Altbundesrat
Kaspar Villiger**

«Der Staat muss stark bleiben, aber er darf nicht glauben, dem Bürger die Lösung jedes noch so kleinen Problems abnehmen zu müssen. Der allumfassende Hochleistungsstaat scheitert. Er ist nicht finanzierbar, und er erfüllt die Erwartungen nicht, die man an ihn stellt. Deshalb verliert er zwangsläufig an Vertrauen. Nach wie vor sollten wir den Satz von Montesquieu beherzigen: «Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, ist es nötig, kein Gesetz zu machen!»»



**Altbundesrat
Jean-Pascal Delamuraz**

«Der Radikalismus legt die Rolle des Individuums in der Gesellschaft und das Verhältnis zwischen Individuum und Staat in einer Perspektive der Freiheit und geteilten Verantwortung fest. Diese Perspektive schliesst aus unserem Denken den Moloch-Staat, den Wohlfahrtsstaat, den Tyrannensstaat aus. Aber lassen Sie uns absolut klar sein: Diese Perspektive der Freiheit und geteilten Verantwortung schliesst ebenso den schwachen, unbedeutenden, verachtenswerten Staat aus, kein Gesetz zu machen!»



**Ehemaliger
Parteipräsident
Franz Steinegger**

«Unsere vordringliche Aufgabe ist, die schwierige Balance im Verhältnis zwischen Bürger und Staat wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die liberale Bewegung hat die Untertanenverhältnisse beseitigt. Die Fixierung auf den materiellen Vorteil, den man vom Staat erwartet, ist die zeitgemässe Form der Unterwürfigkeit.»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Bild: Gaëtan Bally



Zehn Fragen zum Thema «Schulden und Sparen»

an Bundesrätin Karin-Keller Sutter

1 Wie beurteilen Sie die aktuelle finanzielle Situation der Schweiz auf einer Skala von 1 bis 10 und warum?

Knapp genügend, würde ich sagen. Das wäre wohl zirka Note 4. Einerseits steht die Schweiz im internationalen Vergleich immer noch gut da und kann auch in den nächsten Jahren mit steigenden Einnahmen rechnen. Dank der Schuldenbremse ist auch unsere Verschuldung auf einem vergleichsweise tiefen Niveau. Andererseits steigen die Ausgaben eben noch stärker als die Einnahmen, wenn wir nichts unternehmen. Daher erarbeitet der Bundesrat ein Entlastungspaket, um dieses Ausgabenwachstum so weit zu drosseln, dass der Haushalt ausgeglichen bleibt und der Bund über genügend finanziellen Handlungsspielraum für künftige Herausforderungen verfügt.

2 Was sind kurzfristig und langfristig die Probleme, wenn der Bund weiterhin mehr ausgibt als einnimmt?

Kurzfristig müssten wir jedes Jahr eine Bereinigungsübung machen wie in den Budgets 2024 und 2025, um die Schuldenbremse einzuhalten. Das absorbiert nicht nur viel Energie, sondern betrifft

dann halt immer die wenigen ungebundenen Bereiche wie die Bildung, die Entwicklungszusammenarbeit, die Landwirtschaft und den Eigenbereich des Bundes. Mittel- und langfristig kämen wir wohl nicht um Steuererhöhungen herum – und das in Zeiten, in denen wir mit der OECD-Mindestbesteuerung und mit höheren Mehrwertsteuern für die AHV bereits höhere Abgaben eingeführt haben oder demnächst einführen werden. Stand heute, ist diese höhere Steuerbelastung im Jahr 2027 doppelt so hoch wie die geplanten Entlastungsmassnahmen.

3 Was kann uns der hohe Schuldenbereich Frankreichs als mahnendes Beispiel lehren?

Die hohe und vor allem steigende Verschuldung, nicht nur in Frankreich, sondern auch in den USA und anderen Industriestaaten, ist besorgniserregend und ein grosses Risiko für die weltweite Konjunktur. Einerseits wenden diese Länder enorm viel Geld für die Schuldzinsen auf, das sie für andere Aufgaben und Investitionen dringend benötigten. Andererseits werden sie nicht um dramatische Budgeteinschnitte herumkommen, wenn sie die Schulden abbauen wollen. Das kann zu Unzufriedenheit führen

«Die hohe und vor allem steigende Verschuldung, nicht nur in Frankreich, sondern auch in den USA und anderen Industriestaaten, ist besorgniserregend und ein grosses Risiko für die weltweite Konjunktur.»

«Das Prinzip, dass man auf Dauer nicht mehr ausgeben soll, als man einnimmt, kennt jeder Haushalt.»

und die sowieso schon schwächelnde Konjunktur weiter bremsen. Als kleine, unabhängige Volkswirtschaft tun wir daher weiter gut daran, die Schuldenbremse einzuhalten und uns finanzpolitischen Spielraum für kommende Herausforderungen zu erhalten.

4 Wie würde für Sie die ideale finanzielle Situation des Bundes aussehen?

In einer idealen finanzpolitischen Welt bräuchte es keine Finanzministerin, weil die Politik von sich aus nur so viel Geld ausgäbe, wie der Staat einnimmt. Die Realität sieht aber natürlich anders aus: Geld ausgeben ist im Parlament wesentlich beliebter als Geld nicht auszugeben oder gar zu sparen. Und mit der Pandemie ist auch in breiten Bevölkerungskreisen die Überzeugung gewachsen, dass es der Staat dann schon richten wird, wenn irgendwo etwas fehlt. Vor diesem Hintergrund haben wir eigentlich eine ziemlich ideale Situation: Die Schuldenbremse zwingt uns nämlich, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten und Prioritäten zu setzen. Wenn es sie nicht gäbe, müssten wir sie sofort erfinden.

5 Der Bundesrat möchte den Haushalt vor allem ausgabenseitig entlasten. Weshalb ist er gegen Steuererhöhungen?

Wie ich ausgeführt habe, gibt es bereits Steuererhöhungen im Umfang bis zu sieben Milliarden Franken pro Jahr, ein Grossteil davon im Bereich der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV. Der Bundesrat ist überzeugt, dass weitere Steuererhöhungen schädlich für Wirtschaft und Gesellschaft wären. Zudem steigen die Ausgaben des Bundes in den kommenden Jahren immer noch um zwei Prozent, wenn die Vorschläge des Bundesrats eins zu eins oder im gleichen Umfang umgesetzt werden.

6 Was sind für Sie die überraschendsten Entlastungsmassnahmen des Gaillard-Expertenberichtes zuhanden des Bundesrates?

Ich möchte keine einzelne Massnahme hervorheben. Der grosse Verdienst des Berichts ist es, dass er alle Aufgaben des Bundes inklusive Subventionen und Transferleistungen überprüft und damit Bundesrat und Parlament eine gute Grundlage für das Entlastungspaket geliefert hat. Nun muss die Politik ent-

scheiden, welche Massnahmen sie vollständig oder teilweise umsetzen will. Der Bundesrat hat seine Eckwerte definiert und wird seine definitiven Vorschläge nach der Vernehmlassung verabschieden. Aber am Schluss entscheidet natürlich das Parlament und, falls es ein Referendum gibt, das Stimmvolk.

7 Was erwarten Sie von der Bevölkerung in Bezug aufs Sparen?

Wie gesagt: Wir sparen nicht, sondern wir bremsen das Ausgabenwachstum. Wenn wir diese Botschaft klar genug rüberbringen können, bin ich überzeugt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung hinter einer soliden Finanzpolitik steht. Falls es gelingt, ein ausgewogenes Entlastungspaket mit einer gewissen Opfersymmetrie zu schnüren, sollte auch eine Mehrheit in einer allfälligen Volksabstimmung zu erzielen sein.

8 Wie sehen Sie den Budgetberatungen des Parlaments für das Budget 2025 in der Wintersession entgegen?

Ich mache mich auf intensive, harte Diskussionen gefasst. Zwar hat das Parlament dank leicht höheren Einnahmen etwas mehr Spielraum für einen schuldenbremskonformen Haushalt. Aber es stehen auch Forderungen nach noch höheren Ausgaben für die Armee und andere Bereiche im Raum.

9 Was ist für Sie das zentrale Element an der Schuldenbremse?

Sie ist gleichzeitig einfach und variabel. Das Prinzip, dass man auf Dauer nicht mehr ausgeben soll als man einnimmt, kennt jeder Haushalt. Aber die Schuldenbremse enthält eben auch eine gewisse Elastizität und wirkt antizyklisch: In guten Zeiten muss der Staat Geld zurücklegen und damit Reserven bilden für schlechtere Zeiten. So wird verhindert, dass die Schuldenbremse rezessive Tendenzen noch verstärkt. Und für ausserordentliche Situationen wie zum Beispiel eine Pandemie oder eine Flüchtlingswelle bei einem Krieg erlaubt die Schuldenbremse vorübergehend auch ausserordentliche Ausgaben und damit eine höhere Verschuldung.

10 Denken Sie, die Bevölkerung würde bei einer heutigen Volksabstimmung immer noch so geschlossen hinter der Schuldenbremse stehen wie bei deren Annahme im Jahr 2001?

Ich bin überzeugt, dass eine deutliche Mehrheit noch immer hinter dem Prinzip der Schuldenbremse steht, weil dieses – wie ich vorher gesagt habe – aus dem Leben gegriffen ist. Daher würde ich einer neuen Abstimmung über die Schuldenbremse zuversichtlich entgegensehen, auch wenn die Zustimmung vielleicht nicht mehr ganz so hoch sein würde wie im Dezember 2001.

Nachgefragt

Wie fühlt sich der Alltag nach intensiver politischer Tätigkeit an?

Am meisten freute sich der «Pöschler». Er hatte nicht mehr die beinahe täglich drei Kilogramm Post zu mir nach Hause zu tragen.

Dann folgte eine gewisse Leere. Mich an die Ruhe zu gewöhnen, fühlte sich vorerst an, wie im Zentrum eines Taifuns zu leben. Rundherum tobte der politische Wind weiter.

Glücklicherweise hatte ich mein Steckenpferd, das ich zur Entspannung jeweils bereits zuvor in den Ferien gepflegt hatte: das Schreiben von «Kürzestgeschichten». Zu mehr reichte selbst die Zeit in den Ferien nicht. Heute verfasse ich jede Woche eine Kürzestgeschichte und veröffentliche sie über meine Website.

Als ich mich an meine Schulzeit erinnerte, die immerhin bereits beinahe 75 Jahre her ist, kam mir die Idee, wöchentlich auch einen Dreisatzroman in lyrischer Form zu gestalten.

Wer sich für die Wochengeschichten und die wöchentlichen Dreisatzromane interessiert und diese jeweils am Donnerstag um 22 Uhr gratis und werbefrei in seinem Postfach werbefrei vorfinden will:

www.francois-loeb.com/kurzgeschichten-kostenlos-lesen/geschichten-erhalten/



François Loeb, Nationalrat BE (1987–1999)
Bild: Markus Baumgartner

Wildhaber ist seit 2012 CEO der Filtex AG. Bild: FDP Schweiz, Eveline Würgler



Silvan Wildhaber, CEO Filtex AG

Einblicke in ein Traditionsunternehmen mit Vision

Wie würden Sie die Filtex AG beschreiben?

Die Filtex AG ist ein Traditionsunternehmen in der Textilbranche, das auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurückblickt. Nach dem Ersten Weltkrieg kam mein Urgrossvater als Auslandsschweizer zurück in die Schweiz und gründete die Emil Anderegg AG. Zuerst war diese ein textiles Handelsunternehmen. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg wagten wir den Schritt ins Exportgeschäft und begannen, unsere Produkte über die Grenzen hinweg nach Europa und Skandinavien zu exportieren. In den 50er-Jahren beschäftigten wir über tausend Mitarbeiter und konfektionierten unter anderem Regenmäntel und Regeschirme aus hochdichten Baumwollgeweben. Im Unterschied zu vielen anderen Unternehmen in St. Gallen, die sich auf die Stickerei-Produktion konzentrierten, betrieben wir bereits damals eine eigene Weberei und Stickerei. Dieser Spagat zwischen Produktion und Handel prägt uns bis heute. Die Weberei wurde jedoch in den 80er-Jahren eingestellt und die Stickerei in den 2010er-Jahren. Heute fokussieren wir uns auf die Konfektion von hochwertigen Heimtextilien wie z. B. Vorhängen für den Fach-

handel, bieten Gewebe und Stickereien für den afrikanischen Markt und spezialisierte Lösungen im Rohwarenbereich an.

«Dieser Spagat zwischen Produktion und Handel prägt uns bis heute.»

Seit wann ist die Filtex AG global tätig?

Unsere Expansion nach Übersee begann in den letzten Jahrzehnten und wurde vor allem durch den afrikanischen Markt geprägt. Schon vor 60 Jahren reisten Kunden aus Afrika nach St. Gallen, um bei uns Stoffe für ihre traditionellen Gewänder zu erwerben. In Westafrika hat sich Filtex mittlerweile zu einer Marke etabliert, die in ihrer Präsenz und Beliebtheit mit bekannten Modemarken wie Gucci vergleichbar ist. Zusätzlich zu Afrika haben wir

Verkaufsstellen in Genf und Dubai, um die Nachfrage der Diaspora zu bedienen.

Unsere Produktion läuft in enger Partnerschaft mit Lieferanten. Die Kollektionen werden entweder in Zusammenarbeit mit den Lieferanten oder durch diese selbst produziert. Das ermöglicht uns ein hohes Mass an Flexibilität und Agilität – was in der Textilindustrie von Vorteil ist. Zudem verfügen wir über eines der grössten Design-Archive in St. Gallen, was uns Zugang zu klassischen und zeitlosen Motiven verschafft.

Was hat es mit dem Namen Filtex AG auf sich?

Wir sind stolz darauf, dass unser Name, wenn auch in Form eines Fantasienamens, fest mit unserer Firmengeschichte verankert ist – «Filtex» steht für die Verbindung von Textilien und Export.

Was hat Sie dazu bewegt, 2012 die Führung des Unternehmens zu übernehmen?

Nach drei Jahren bei der Credit Suisse entschied ich, dass die klassische Karriere im Bankwesen für mich nicht das Richtige war. Mein Onkel, der das Unternehmen über 30 Jahre geführt hatte, machte

mir ein Angebot, in die Filtex AG einzutreten und die Familientradition fortzuführen. Ab diesem Zeitpunkt habe ich mir das praktische Handwerk und Wissen rund um den Textilhandel sukzessive erarbeitet. St. Gallen ist heute meine berufliche Heimat, auch wenn ich ursprünglich aus dem Limmatall komme, seit 20 Jahren in der Stadt Zürich wohne und nach wie vor ein Fan des Grasshopper Club bin – das sind eben die zwei Herzen, die in meiner Brust schlagen.

Welche Rolle spielt die Verantwortung für Sie als Unternehmer?

Textilien sind ein volatiles Geschäft, und daher ist es wichtig, unabhängig zu bleiben. Wir sind zu 100 Prozent eigenfinanziert und haben kein Fremdkapital. Wir denken langfristig und sehen uns in der Verantwortung, eine nachhaltige Unternehmenskultur zu fördern. Es wäre unmöglich, in der Textilindustrie Erfolg zu haben, wenn wir nicht in ständiger Weiterentwicklung begriffen wären – sei es durch modische Innovationen, Digitalisierung oder organisatorische Anpassungen.

Welche Werte prägen Sie als Unternehmer?

Einer der Grundwerte unserer Familie und des Unternehmens ist die Verpflichtung, verantwortungsvoll und nachhaltig zu handeln. Unser Handeln wird davon bestimmt, langfristige Beziehungen aufzubauen und uns in unserer Branche kontinuierlich weiterzuentwickeln. Meine Vorväter haben es vorgelebt: Unternehmer sollten vorsichtig agieren, um Risiken zu minimieren und Reserven aufzubauen. Lieber Schritt für Schritt wachsen, anstatt mit fremdem Kapital grosse Risiken einzugehen. Wenn wir scheitern, dann sollen es unsere eigenen Verluste sein – das ermöglicht uns eine gesunde und stabile Finanzierung.

Zudem verfolgen wir einen patronalen Ansatz: Wir denken stets daran, dass wir für unsere Mitarbeiter eine Verantwortung tragen. Unternehmerisch zu handeln, bedeutet für uns auch, nicht nur an das kurzfristige Geschäft zu denken, sondern das Unternehmen im Sinne der nächsten Generationen zu führen.



Was treibt Sie als Unternehmer an?

Mich reizt das Unternehmerische, die Möglichkeit, eigenständig Entscheidungen zu treffen und neue Projekte anzugehen. Vor fünf Jahren gründete ich zusammen mit einer Kollegin und einem Kollegen ein IT-Startup, das Kalkulationen in der Blechverarbeitung um bis zu 90 Prozent beschleunigt. Wir wollten etwas Neues probieren, und es hat uns gezeigt, wie viel Potenzial in unternehmerischer Freiheit steckt. Diese Freiheit ist für mich ein enormer Antrieb – es ist unser eigenes Geld, und wir setzen es für Projekte ein, an die wir glauben. Dasselbe gilt für die Filtex AG, ein Unternehmen mit über 100 Jahren Tradition, das sich jedoch ständig modisch und organisatorisch neu erfinden muss, um relevant zu bleiben. In unserer Branche begegnen wir einer Marktschwankung von bis zu 70 Prozent – das fordert, langfristig zu denken und flexibel zu bleiben.

Was steht auf dem Wunschzettel Ihrer Firma an die Politik?

Im internationalen Vergleich können wir uns nicht beklagen, was die Steuern und Rahmenbedingungen betrifft. Trotzdem gibt es Themen, die uns beschäftigen, wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer. Der aktuelle «Regulierungsdschungel» macht es fast unmöglich, die Anforderungen korrekt zu erfüllen. Eine Rückkehr zu einfacheren Lösungen wäre hilfreich. Von der Steuererklärung, die auf einem Bierdeckel Platz hat, reden wir schon lange nicht mehr.

Welche politischen Veränderungen wünschen Sie sich für die Wirtschaft in der Schweiz?

Ich bin politisch aktiv in der FDP, weil ich der Meinung bin, dass die besten Köpfe und die enga-

giertesten Menschen in dieser Partei zu finden sind. Für mich sind Offenheit und Wachstum entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu sichern. Wir dürfen nicht in Besitzstandswahrung verharren oder uns abschotten. Die Schweiz hat ihre Stärke immer aus ihrer Offenheit und ihrem wirtschaftlichen Austausch mit der Welt gezogen.

Was würden Sie anderen Unternehmern in der Schweiz raten?

Unternehmerisches Handeln bedeutet auch, Grenzen zu erkennen und sich ab und zu gegen ein Projekt zu entscheiden, um Reserven aufzubauen. Banken und Fremdkapital sollten möglichst nur in Massen genutzt werden. Eine gesunde Finanzierung ist die Basis für ein stabiles Unternehmen, und es ist ratsam, organisch zu wachsen und finanzielle Unabhängigkeit anzustreben. Mein Grossvater pflegte zu sagen, dass er viele Unternehmer mit Herzblut ins Verderben laufen sehe, weil sie sich verrennen würden: Wer 100'000 Franken investiert und dann die Hälfte davon verliert, sollte aufhören und nicht wieder neues Fremdkapital aufnehmen. Nichtstun oder Aufhören ist auch eine unternehmerische Entscheidung.



Silvan Wildhaber
CEO und Miteigentümer der Filtex AG und
Präsident der Freunde der FDP

Bild: istock, yannik88



Für einen mutigeren Liberalismus

Mehr Freiheit und Verantwortung

Die Liberalen verkaufen sich unter ihrem Wert. Allzu sehr haben sie sich daran gewöhnt, ihre Anliegen unter Nützlichkeitsaspekten zu begründen. Die Wählerinnen und Wähler hören, dass liberale, marktwirtschaftliche Lösungen besser funktionieren und günstiger zu stehen kommen als planwirtschaftliche. Das stimmt freilich, aber es gilt, dabei das Grundsätzlichere nicht zu vergessen: Das Liberale entspricht besser der Natur des Menschen, denn es ruft ihn in Freiheit und Verantwortung.

Freiheit und Verantwortung sind menschliche Existenziale, also das, was den Menschen zum Menschen macht und ihn vom Tier unterscheidet. Und als Elemente politischer Kultur unterscheiden diese liberalen Kernwerte den mündigen Bürger vom Untertanen. Freiheit und Verantwortung sind nicht nur theoretische Konzepte und politische Leitlinien, welche den ökonomischen Nutzen befördern. Sie schaffen nicht nur Wohlstand, sondern sind vor allem auch ihrem Wesen nach zutiefst menschlich. Die Fähigkeit zum freien Entscheid und dazu, ihn zu verantworten, wurzelt im Grund des Menschseins.

Ich wünschte mir deshalb mehr Liberale, die ihre Anliegen mit angemessenem Pathos vertreten und so die Ehrfurcht vor ihren Werten bekunden. Liberale, die sich nicht bloss als Parteigänger von politischen Postulaten verstehen, sondern das stolze Selbstbewusstsein hegen, Vertreter einer lebensfreundlichen und lebensprägenden Haltung zu

sein. Leuchten will nicht nur die liberale Praxis, sondern auch die liberale Identität.

So sollen Liberale mehr sein als nur Verkäufer besserer politischer Rezepte, sondern explizit auch fürs liberale Menschsein auf die Barrikaden steigen. Denn sie vertreten ein wertschätzenderes Menschenbild als Sozialisten, Kollektivisten, Grüne oder Woke: Der Kollektivismus übergeht das Individuum, linksgrüne «Fürsorge» neigt zu seiner Bevormundung, die ethische Hysterie des Wokeismus schnürt seine Freiheit ein.

Freilich ist Liberalismus anspruchsvoll. Freiheit ist immer auch ein Tasten ins Ungewisse. Die Angst, einer Verantwortung nicht gewachsen zu sein, kann Schwindel auslösen. Andererseits vermag verantwortete Freiheit die hehrsten Gefühle des Menschen anzusprechen. Auf ihrem Feld geht es um Bewährung oder Versagen, Ehre oder Schande, Autonomie oder Knechtschaft. Ist der Anspruch



«Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP»; Wahlplakat der FDP anlässlich der Nationalratswahlen vom 21. Oktober 1979, Quelle: «Schweizerisches Sozialarchiv», F Pb-0004-026.

auch ambitiös, so ist er gerade deshalb auch Ansporn, diese edle Dimension zu leben: das Abenteuer Freiheit!

Dieses Abenteuer verlangt Reife. Ein liberales Gemeinwesen braucht deshalb starke, in sich gefestigte Persönlichkeiten, welche bereit sind, die Zumutungen der Freiheit zu schultern. Solche Männer und Frauen verfügen nicht nur über Fachkompetenzen, sondern über eine breite Menschenbildung. Für sie hat Freiheit auch eine innere Seite: nämlich eine gewisse Freiheit gegenüber sich selbst. Wahrhaftig frei ist, wer nicht nur seine eigenen Interessen und Bequemlichkeiten im Auge hat, sondern über den Tellerrand des Egos hinaussieht. Unter dem Aspekt umfassender Menschenbildung ist es – um ein wichtiges Beispiel zu nennen – misslich, wenn die Schulfächer Geschichte, Literatur, Kunst und Religion an Bedeutungsschwund leiden.

«Ideen – Köpfe – beherzte Taten», mit diesem Slogan warb die FDP Schweiz Ende der siebziger Jahre erfolgreich für sich. Ohne die damaligen freisinnigen Protagonisten zu idealisieren, lässt sich mit Fug sagen: An dieser Parole war etwas dran. Es wäre an der Zeit, ihr Feuer wiederzubeleben!



Ulrich Knoepfel, Mühlehorn (GL), ref. Pfarrer i. R.

KOLUMNE

Ohne Sicherheit keine Freiheit

Freiheit ist die Grundlage unseres Wohlstandes – sie ist mit Leistung verbunden, denn beides gibt es nicht gratis. Unser Wohlstand basiert auf der 1848 neu geschaffenen Freiheit zu forschen, zu wirtschaften, zu erfinden und zu bauen.

Nicht alle können dieselben Leistungen bringen, das gehört zum Wesen der Gemeinschaft. Das Bindeglied zwischen diesen beiden Gruppen ist Respekt, Demut und Verständnis. Das sind unsere Werte.

Das Leben in Freiheit basiert also auf Werten, die nicht in einem Gesetz niedergeschrieben sind, sondern die sozusagen unsere Mentalität ausmachen. Eine Mentalität, die uns quer durch die Schweiz verbindet. Es ist ein unsichtbares kostbares Band, das uns zum Wohl des Landes der Politik Kompromisse abringt und Animositäten überwinden lässt.

Doch dieses feine Band scheint abgenutzt, es ist ausgedünnt und manchmal habe ich das Gefühl, dass es in der nächsten Sekunde reisst – es wäre ein Riss mit fatalen Folgen.

Genau dieses Gefühl habe ich im Rahmen der Beratungen um die Armeebotschaft, ein heikles und für die Schweiz so wahnsinnig wichtiges Geschäft.

So wichtig, dass sich die bürgerlichen Parteien zusammenschliessen, um den Zahlungsrahmen für die Armee um vier Milliarden Schweizer Franken für die nächsten vier Jahre zu erhöhen und die Finanzierung zu sichern. Denn in Europa herrscht wieder Krieg – ob es uns passt oder nicht. Und die Schweiz muss sich wappnen, sie darf nicht zur einfachen Beute werden. Doch die Linken schleudern uns entgegen, dass wir «paranoid» seien, die Armee «auf Kosten der Ärmsten auf der Welt aufgerüstet» werde und überhaupt ein «Trachtenverein» sei.

Die Sicherheitsfrage ist unauflöslich mit der Freiheitsfrage verknüpft. Unser Land kann nur in Freiheit bestehen, wenn es seine Souveränität auch militärisch demonstriert. Der Begriff «Dissuasion» bedeutet, den Gegner davon abzuhalten, ein Land anzugreifen, weil der Preis zu hoch wäre. Eine gut ausgerüstete Armee ist also der erste Schritt dazu, einen Angriff zu verhindern und den Frieden – und somit die Freiheit – zu bewahren. Dass diese hart erarbeitete Freiheit im Nationalratssaal als veraltetes Brauchtum dargestellt wird, gibt mir zu denken. Es zieht all jene Dienstleistenden ins

Lächerliche, die ihre Verantwortung wahrnehmen, die in der Kälte draussen als Milizler pflichtbewusst an ihren militärischen Fähigkeiten arbeiten, während sie von gewählten linken Politikern im warmen Ratssaal drin beleidigt werden. Warum?

Ist es Arroganz, Ignoranz oder Unbeholfenheit? Selbstverständlich gibt es sachliche Argumente gegen eine Erhöhung des Zahlungsrahmens der Armee und der Teufel liegt bekanntlich wie immer im Detail. Aber Respekt ist das Mindeste sowie die Fähigkeit, die vom Wahlvolk erwartete Leistung im Ratssaal zu erbringen und sich in die Debatte hineinzuknien – anstatt billige Floskeln aufzuwärmen und ohne Not diejenigen zu beleidigen, die ihre Bürgerpflicht wahrnehmen, Leistung abliefern und das feine Band der Freiheit stärken.



Heinz Theiler, Nationalrat SZ und Mitglied der SiK-N

✓ gegen Missbrauch
✓ für faire Regeln

2xJA zum Mietrecht
mehr-wohnraum.ch

am 24. November



**Prämienzahlende
endlich entlasten!**

Kosten senken, Versorgung stärken.



Regine Sauter
Nationalrätin FDP ZH

«Die Fehlanreize im Gesundheitswesen verteuern das System. Heute werden Leistungen erbracht, die den Patientinnen und Patienten keinen Nutzen bringen. Die Reform packt dieses Problem an. Damit werden Kosten gesenkt und die Versorgung gestärkt.»

www.einheitliche-finanzierung.ch

**+
ja** 24. November
**zur einheitlichen
Finanzierung**